



Schleswig-Holstein
Flensburg · Kiel · Lübeck

IHK Schleswig-Holstein | 24909 Flensburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Petra Tschanter
Postfach 7121
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2819

Federführung
Volkswirtschaft | Raumordnung

Ihr Ansprechpartner:
Ulrich Spitzer
Telefon:
0461 806-450
Telefax:
0461 806-9-450
E-Mail:
spitzer@flensburg.ihk.de

30. September 2011

Stellungnahme zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder

Sehr geehrte Frau Tschanter,

in Ihrem Schreiben vom 30. August 2011 baten Sie um eine Stellungnahme zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 17/1043). Gerne kommen wir Ihrer Bitte nach und äußern uns wie folgt:

Die Antwort der Landesregierung enthält im Wesentlichen alle wichtigen Aspekte, die derzeit als Informationen verfügbar sind. Die Maßnahmen für Alleinerziehende wurden engagiert dargestellt. Neben Einrichtungen wie "Frau & Beruf" ist auch das Projekt "Teilzeitausbildung" der Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern ausführlich dargelegt. Einige Daten zu speziellen Fragestellungen werden nicht aufgezeigt, da ihre Ermittlung in der täglichen Arbeit der Behörden und Institutionen beispielsweise aus datenschutzrechtlichen Gründen oder kleinen Fallzahlen nicht möglich ist.

Die Antwort zur Frage B-12 halten wir für zu kurz gefasst. Zwar existieren i.d.R. keine Maßnahmen der Wirtschaft, die sich ausschließlich auf die Situation Alleinerziehender beziehen. Allerdings gibt es eine Reihe von Arbeitsmarkt-Projekten, durch die die Situation Alleinerziehender verbessert wird:

Durch IHK-Studien wie dem "KiTa-Check" und dem "Grundschul-Check" wurden bereits Anstrengungen unternommen, um Ansätze aufzuzeigen, mit denen die Lage allein erziehender Eltern optimiert werden kann. Die Ergebnisse der Studien (s. Anl.) liefern Hinweise für Träger von Erziehungseinrichtungen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Innovative Lösungen und Projekte zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation werden zu meist durch die lokalen Bündnisse für Familie entwickelt und praktisch umgesetzt. Als Nebeneffekt entwickeln sich in vielen Regionen lokale Netzwerke, die von bereits erfolgreichen Projekten lernen und ebenfalls neue Aktivitäten ins Leben rufen. Die Beratungsstelle "Wirt-

schaft und Familie" in Lübeck (<http://www.wirtschaftundfamilie.de/PAF/Startseite>), das Projekt "Känguruh" in Flensburg und der geplante Kieler Betriebskindergarten "Haus der jungen Forscher" sind nur einige Beispiele hierfür. Bei diesen Projekten sind neben den sozialen Einrichtungen und den Industrie- und Handelskammern auch die hiesigen Unternehmen beteiligt. Dies zeigt, dass gerade die private Wirtschaft die Aktivitäten hin zu einer familienfreundlichen Personalpolitik verstärkt. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, lokale Initiativen noch stärker als bisher zu fördern und von zentralen gesetzgeberischen Aktivitäten abzusehen.

Wir begrüßen daher die Auseinandersetzung des Landtages mit diesem Thema, da mit zunehmendem Fachkräftebedarf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größere Beachtung zukommt.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Spitzer